

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Geh. Kr. 10018.

Abonnementpreis einschließlich Frangitisch monatlich 1,50 M. Durch Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7,10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Kompartimentszeile 50 Pfennig, darunter 40 Prozent Feuerungszuschlag. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Briefkastenbestellungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 63.

Dresden, Montag den 17. März 1919.

30. Jahrg.

Hoffnungen und Befürchtungen.

In den Gärten blühen Krokusse und Schneeglöckchen; brausendem Rhythmus der erwachenden Natur singen und lächeln die jungen Kräfte des Frühjahrs. Lindes Frühlingstagen schwellt auch die von vier Jahren Krieg gemarterte, von vier Monaten grausamer Verhandlungen gequälte Seele des deutschen Volkes mit neuen Hoffnungen. Liegt dazu genügend politischer Anlaß vor? In Brüssel ist endlich das Abkommen unter Dach und Fach gebracht worden, das uns bis zur Ernte monatlich rund 300 000 Tonnen Lebensmittelzufuhr ermöglicht. Das bleibt hinter unsern Wünschen zurück, aber es ist immerhin mehr als man uns in Spa geben wollte und das belebt unsere Hoffnungen. In Paris werden gegenwärtig die Friedensbedingungen ausgefeilt, die uns in vier Wochen als Osterei vorgelegt werden sollen. Wenn man nach ausländischen Pressemeldungen schließen dürfte, werden die Friedensbedingungen die Grausamkeit des Waffenstillstandes atmen. Doch die aus unkontrollierbaren Quellen kommenden Meldungen verdienen vorläufig Zurückhaltung. Wir haben sie bisher unbarmherzig dem Papierföb anheimgegeben; die Papierföb läßt einer gewissenhaften Zeitung heute höchstens noch Raum für die wichtigsten Tatsachenmeldungen.

Zunehmend darf sich nach den Erfahrungen der letzten Monate das deutsche Volk auf schwere Friedensbedingungen einstellen. Deutschland hat im November zwar den Waffenstillstand auf der Grundlage der 14 Wilson'schen Punkte abgeschlossen, die englischen und französischen Staatslenker jedoch haben seitdem mehrfach merken lassen, daß sie und der amerikanische Präsident nicht ein und dasselbe sind, denken und wollen. Da erhebt sich denn, fünf Minuten vor dem Friedensvertrag, wiederum die schon zum starren Klischee gewordene Frage: Was tut Wilson? Was wird er mit seiner zweiten Botschaft in Paris ausrichten? Nach einer Javah-Welbung behauptet er auf dem „Vund der Nationen“. Nach einer andern Pariser Meldung hat er in der Äliertentoufere energisch Einspruch gegen Bedingungen erhoben, die Deutschlands Produktion lahmlegen. Schön, wir wollen annehmen, daß Wilson im wesentlichen seinen Idealen — die noch lange nicht unsere Ideale sind — treu bleibt. Aber was hat er im Entenelager, was hat er vor allen Dingen in Amerika hinter sich? Im Washingtoner Senat silt eine Gruppe, die den Völkerverbund bekämpft und sich auf jene amerikanische Stimmung stützt, die viel eher mit Hochs Vergewaltigungsabsichten als mit Wilsons Völkerverbundswillen übereinstimmt!

Das deutsche Volk muß sich darüber klar sein, daß die deutsche Regierung um Ostern herum vor der schwersten Entscheidung stehen wird, die je eine deutsche Regierung zu treffen hatte. In Weimar ist als Meinung der Nation schon zum Ausdruck gekommen, daß die Regierung einen Gewaltfrieden, der uns eine Erhöhung von den Wunden des Krieges auf absehbarer Zeit unmöglich macht, nicht unterzeichnen darf, nicht unterzeichnen wird. In einer von der deutschen Liga für den Völkerverbund einberufenen Berliner Kundgebung hat sich auch Erzberger in demselben Sinne geäußert. Obwohl uns dieser vielgewandte Zentrumsparlamentarier nicht als der geeignete Friedensbereiter erscheint, müssen seine Erklärungen als Regierungsstandpunkt gewertet werden. Danach fordert die Regierung Aufnahme Deutschlands in den kommenden Völkerverbund, ein deutsches Kolonialreich, Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen, keine Loslösung ostpreussischer Gebiete. Bei einem Gewaltfrieden müßte ein Referendum des deutschen Volkes entscheiden.

Wie eine solche Volksabstimmung ausfallen würde, darüber dürfte, wenn es um Sein oder Nichtsein der ganzen Nation geht, kein Zweifel mehr bestehen. Unter dem Schmerze der Nabelstiche und Blisse, die uns von den Gewaltpolitikern der Entente innerhalb der bisherigen Verhandlungen zugefügt wurden, hat sich im deutschen Volke ohnehin eine an Breite und Tiefe nicht zu unterschätzende Stimmung entwickelt, die man von einfachen unempfindlichen Köpfen gelegentlich etwa in der Prägung hören kann: „Lohnt sie da drüben machen, was sie wollen! Schmeißt der Entente den Vettel vor die Beine!“ Bieleicht wird man sich in Paris in zwölfter Stunde klar, was diese Stimmung in ihren politischen Konsequenzen bedeuten könnte. Vorläufig fehlen uns zu einem letzten Aufstrampfen gegen die Entente, wie es Trojky mit dem Abbruch der Verhandlungen in Vrest-Litovsk gegen die Bolschewischen belichte, die letzten Gründe. Noch stützt sich unsere Hoffnung auf Wilsons 14 Punkte. Wird gegen uns aber ein Gewaltfrieden nach dem Vergen Clementeau und Hochs ausgehandelt, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, wo der einfache unempfindliche denkende Kopf liegen müßte. Dann gäbe es für uns nur noch die eine Schutzmaßnahme: Deutschland hat nichts mehr zu verlieren, es kann nur noch seine letzten revolutionären Trümper ausspielen; die retten uns zwar nicht

vor dem Hunger, nicht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, nicht vor der Anarchie, aber unsere Anarchie könnte dann zur Anarchie jener kapitalistisch-imperialistischen Staaten werden, die uns im übermäßigen Siegesgefühl ihre militärische Lage Generationen hindurch fühlen lassen wollen.

Diese katastrophale Entwicklung der Dinge müßte mechanisch zum Vund mit Rußland führen. Wir gehören nicht zu den Schwärmern eines Bündnisses mit einem Lande, in dem der imperialistische vom bolschewistischen Militarismus abgelöst worden ist. In Weimar ist auch

hinreichend belegt worden, daß Rußland weder unsern Hunger nach Nahrungsmitteln, noch nach Rohstoffen stillen könnte. Wir sind uns klar darüber, daß in diesem Augenblick die Bündniswendungs nach Osten nichts als ein Akt der Verzweiflung wäre. Aber er müßte unternommen werden, ehe wir uns von einer Bande machthysterischer Kapitalisten für Jahrzehnte hinaus das Antie auf die Brust setzen ließen. Wenn es die Entente darauf anlegen wollte, daß wir im Volkswidernis versinken, dann sollen die Kränchen und Ländchen und Rassenfränche der westlichen sogenannten Demokratien mit daran glauben!

Das müßte man auf der Pariser Konferenz in größter Stunde bedenken.

Teure Ernährungshilfe.

270 000 Tonnen sofort. — Monatlich 300 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett.

Die Verhandlungen von Brüssel haben zu einem für uns günstigeren Resultat geführt als die von Spa. Am Sonnabend wurde das Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, deren Finanzierung und die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte unterzeichnet. Danach soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen, und die Bezugsleistung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Weiter hat es das Recht, monatlich bis 70 000 Tonnen Fett und 300 000 Tonnen Brotgetreide oder andre Nahrungsmittel zu kaufen, und zwar in feindlichen wie in neutralen Ländern. Dies gilt bis mindestens 1. September. Dabei wird die Einfuhr von Fischen aus europäischen Gewässern und von Gemüsen nicht in Anrechnung gebracht. Die Einschränkungen des Fischfanges in der Ostsee werden aufgehoben. Zahlung erfolgt für jede Lieferung im Voraus. Die Berliner Meldung besagt ferner:

Links- und rechtsrheinische Gebiete werden gleich behandelt. Deutschland gestattet den Transport nach Litauen die Äfen und Oestereich. Die Bezahlung darf nicht in Reichsmark erfolgen. Es kommen dafür in Betracht: Erlöse von Ausfuhren von Produkten russischer Schiffe, Verkauf ausländischer Wertpapiere und Gold als provisorische Sicherheit.

Da die Verbündeten nur für 270 000 Tonnen Lieferpflicht übernehmen, muß Deutschland damit rechnen, Lebensmittel von den Neutralen zu kaufen. Die verbündeten Regierungen legen Wert darauf, die Lebensmittelzufuhr möglichst durch Ausfuhren zu finanzieren. Gold und ausländische Wertpapiere sollen daher einfließen nur im Betrage von 200 Millionen Dollar vermerkt werden. Ferner wurde verlangt, daß die Empfänger niemals gutommen dürfen, der durch eigenes Verschulden arbeitslos ist.

Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, ein Depot von 11 Millionen Pfund Sterling in Gold in Brüssel zu hinterlegen, damit mit der Lebensmittellieferung sofort begonnen wird. Es werden beiderseits Komitees gebildet. Mit der Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere soll sofort begonnen werden. Durch die von den Verbündeten anerkannten Zahlungsmittel kann etwa die Hälfte der Lebensmittel gedeckt werden.

Der wesentliche Unterschied dieser Vereinbarungen gegenüber den bisherigen Verhandlungen liegt darin, daß Deutschland keine Lieferung garantiert wird, sondern daß es die Erlaubnis erhält, Lebensmittel bis 370 000 Tonnen monatlich einzuführen. Daher ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe die möglichste Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen. Das uns zuzustehende Quantum an Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen. Das uns zuzustehende Quantum an Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen. Das uns zuzustehende Quantum an Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen. Das uns zuzustehende Quantum an Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen.

Die deutsche Markt im Ausland nur mit etwa einem Drittel des Betrags betriebl wird, der im Frieden dafür gegeben wurde. Der wichtige Stand unserer Geldes im Ausland rührt einmal daher, daß wir bisher nur wenig Waren nach dem Ausland ausführen konnten, daß daher das Ausland nur wenig Zahlungen an Deutschland zu leisten hatte und deswegen die Nachfrage nach deutschem Geld oder deutschen Gütern im Ausland nur gering war. Dann aber hängt der niedrige Stand unserer Valuta zweifellos eng zusammen mit den hohen Warenaufpreisen in Deutschland. Wenn eine Maschine, die früher 1000 Mark wert war, nun 3000 Mark kostet, so wird das Ausland für 1000 Mark in deutschem Geld auch nur den dritten Teil der Menge von Getreide oder andern Waren geben als früher. Denn für den ausländischen Verkäufer kommt es natürlich nicht darauf an, wieviel deutsche Wapierheine er in den Händen hat, sondern darauf, wieviel Waren er für sein Geld kaufen kann. Kann er für die gleiche Summe deutschen Geldes nicht mehr so viel Güter bekommen wie früher, so wird er dafür auch nicht mehr so viel von seinen Waren geben.

Wollen wir also, daß die aus dem Ausland hereinkommenden Waren verbilligt werden — und das ist natürlich für unsre Volkswirtschaft von der größten Bedeutung, so müssen wir sehen, daß wir das Preisniveau im Inland senken. Neben diesen andern Ursachen sind die hohen Inlandspreise darauf zurückzuführen, daß wir teurer arbeiten. Infolge der Unterernährung und der Unterbildung von der Arbeit durch den Krieg arbeiten unsre Arbeiter heute weniger intensiv als früher. Da die Ursachen der geringen Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sich nicht von heute auf morgen beseitigen lassen, so werden wir auch nicht so leicht eine Verminderung der Produktionskosten herbeiführen können. Aber es ist von der größten Wichtigkeit, daß die Arbeiter den engen Zusammenhang, der zwischen den Produktionskosten im Inland und den hohen Preisen, die für ausländische Nahrungsmittel gezahlt werden, versteht, erkennen, daß sie ihrerseits alles tun, um die deutsche Arbeit wieder zu leistungsfähig oder noch leistungsfähiger zu machen, als früher.

Auch die Frage des Abbaus der Löhne wird in den nächsten Monaten in Deutschland eingehend erörtern werden müssen. Wir haben oft genug hervorgehoben, daß die Löhne im allgemeinen nicht entfernt so geringe sind wie die Kosten der Lebenshaltung. Aber eben so klar ist es, daß die hohen Löhne dem Arbeiter nicht nützen, wenn sie dazu beitragen, daß der schlechte Stand unserer Valuta bestehen bleibt und wir infolge dessen für die aus dem Ausland eingeführten Waren hohe Preise zahlen müssen. Freilich darf unter keinen Umständen einseitig mit dem Abbau der Löhne begonnen werden. Die Stelle, wo angefangen werden muß, abzuhauen, ist die Preise der inländischen Lebensmittel. Das sind die Preise der inländischen Lebensmittel. Das sind die Preise der inländischen Lebensmittel. Das sind die Preise der inländischen Lebensmittel.

Soll Deutschland in Zukunft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein, so genügt es freilich nicht, daß die Volkswirtschaft der Arbeiter größer und die Löhne niedriger werden, es muß auch überall in Deutschland so wirtschaftlich wie möglich gearbeitet werden. Das mit Hilfe aller Erzeugnisse der modernen Technik in einer Stunde produziert werden kann, darf nicht in einem rückständigen Betriebe in zwei Stunden hergestellt werden.

Deshalb wäre es gerade jetzt nicht an der Zeit, die sogenannte „Zwangswirtschaft“ zu beschließen. Es darf nicht jedem einzelnen überlassen bleiben, so rüchändig zu produzieren, wie er will. Das ist es jetzt nötig, daß die Allgemeinheit planmäßig organisierten in das Wirtschaftswesen eintritt, um überall die Gütererzeugung so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten.

Durch das Abkommen ist die Lieferung von Nahrungsmitteln für Deutschland nicht unbedingt gesichert. Wir werden die Nahrungsmittel, die in Aussicht gestellt sind, nur dann erhalten, wenn wir sie bezahlen können. Es ist mit der Entente vereinbart, daß die Bezahlung vor allen Dingen in Rohstoffen und industriellen Produkten bestehen soll. Vor kurzem hat in Weimar der Reichsernährungsminister Schmidt darauf hingewiesen, daß wir der Ernährung schon weit besser dastehen könnten, wenn in mit der Ernährung der Produktion von Rohstoffen und Industrieprodukten Deutschlands die Produktion von Rohstoffen und Industrieprodukten durch Streiks nicht so sehr gehindert worden wäre. Wenn es bisher noch nicht klar geworden ist, dem muß es jetzt klar sein, daß jede Störung unserer Produktion, daß jeder politische Streik Streikprinzip auf den Wegen des deutschen Volkes bedeuten.

Über die Preise, die Deutschland für die zu liefernden Nahrungsmittel zahlen soll, ist, wie gemeldet wird, ein Abkommen noch nicht geschlossen worden. Doch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir sehr hohe Preise für die ausländischen Nahrungsmittel werden bezahlen müssen. Und zwar schon deshalb, weil unsre Valuta im Ausland sehr schlecht steht, weil

aus
nett
nsäle
aus
Ball
Treu
Abend
Kizza
Fiebel
straße 13